

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.20 Mark für das Vierteljahr ohne Frangotolin.

Inserate müssen bis Montag, mittags, in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 30 Pf. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 33

Sonntag, den 19. August

1917

Die Teilung des Reichsamts des Innern.

Die „Reorientierung“ wird dem Volke in homöopathischen Dosen verabreicht. Und über das, was gegeben wird, sind sich die politischen Kurierer am Staatskassen selber noch nicht klar. Viel Geschrei erscholl im Reichstag nach Parlamentarisierung der Reichsgeschäfte und nach Demokratisierung aller Zustände im Reich. Davon gibt es gar nichts. Ein paar neue Männer im preussischen Ministerium, ein paar in der Reichsregierung, die am System, nach dem regiert wird, nichts zu kritisieren, geschweige denn zu ändern haben, damit wäre die Sache vorläufig erledigt.

Für eine einseitige, mehr organisierte Aenderung soll in der Reichsverwaltung eintreten — das Reichsamt des Innern wird geteilt.

Wie? — darüber ist man sich im hohen Olymp offenbar noch nicht klar. Was jetzt darüber mitgeteilt wird, gleicht eher einem Zohraböhm. Der bisherige Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, soll Stellvertreter des Reichsanzlers bleiben, er wird also auch in die Angelegenheiten des Reichsamts des Innern hineinzureden haben. An die Spitze des Reichsamts des Innern ist aber der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Wallraf, berufen worden. Wer wird nun in den Angelegenheiten des Reichsamts des Innern am meisten zu sagen haben, Dr. Wallraf oder Dr. Helfferich? Die endgültige Entscheidung hat natürlich der Reichsanzler.

Hinzu kommt ein weiterer Staatssekretär des Innern, der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwanher, der die Leitung des vom Reichsamt des Innern abgeordneten Reichswirtschaftsamts übernimmt. Also drei Köpfe zu einem Bret, von denen noch nicht feststeht, wer der maßgebende sein wird.

Für Verhütung von Mißverständnissen wollen wir gleich bemerken, daß wir jetzt wie immer vorher, für die Teilung des Reichsamts des Innern eintreten, aber vor allem halten wir fest an der Verantwortlichkeit der den einzelnen Ressorts vorstehenden Leiter. Unter Verbeibehaltung des alten Systems ist jedoch die Verantwortlichkeit der einzelnen Staatssekretäre ausgeschlossen, obgleich gerade sie die Selbständigkeit und die gesamte Tätigkeit der einzelnen Staatssekretäre haben müßte.

Bereits in Nr. 31 unseres Blattes wiesen wir zum soundsovietischen Male auf die Notwendigkeit einer Teilung des Reichsamts des Innern hin und sagten, daß selbst ein Reichswirtschaftsamt in mehrere Ressorts, d. h. selbständige, gegliedert werden müsse, wenn die ihm gestellten Aufgaben umfassend und gründlich behandelt werden sollen. Nun hat man sich aber mehr an das von uns angeführte Schweizer Beispiel angelehnt, wo ein Volkswirtschaftsdepartement gebildet worden ist. Für die viel kleinere Schweiz mag das genügen, für Deutschland ist eine geordnetere Organisation der weitwichtigen Geschäfte nötig.

In der deutschen Presse wibeln allerhand Vorschläge durcheinander, die aber meistens auf eine mehrfache Teilung des Reichsamts des Innern abzielen. Manche wollen ein Reichswirtschafts- und ein Reichsarbeitsamt selbständig nebeneinander fungieren sehen. Außerdem soll alles übrige, einschließlic der Sozialpolitik, noch einem dritten Staatssekretär übertragen werden. Welchen Weg die Regierung wählen wird, hat sie bis jetzt noch nicht verraten. Die neuen Männer werden wohl erst noch des längeren darüber konferieren.

Einen längeren, eingehenden Vorschlag zur Teilung macht ein früherer Staatssekretär des Innern, der bekannte Graf Posadowsky in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Der Vorschlag soll vor der Bekanntgabe der Teilung des Reichsamts des Innern geschrieben sein; wir gehen aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß mit dem Vorschlag eine Einwirkung auf die noch nicht vorläufige und endgültige Gestaltung der neuen Aemter bezweckt ist. Da der Vorschlag sehr charakteristisch die Stimmung in Unternehmerrreisen berücksichtigt, geben wir ihn hier in seinem Wortlaut wieder:

„Seit Jahren wird die Frage in- und außerhalb des Reichstags erörtert, ob nicht das Reichsamt des Innern im Hinblick auf seinen gewaltigen Geschäftsumfang zu teilen und damit der Leiter dieses Amtes zum besten seiner amtlichen Aufgaben und zu seinem eigenen Besten zu entlasten sei. Man rein mechanischen Standpunkte wäre es das einfachste, die gesamten Geschäfte, die in das Gebiet der Sozialpolitik fallen, vom Reichsamt des Innern abzutrennen und ein besonderes Reichsarbeitsamt zu schaffen. Dem Staatssekretär des Innern würde hiermit im wesentlichen die allgemeine innere Politik sowie die gesamte Wirtschaftspolitik mit ihren vielfachen Aufgaben auf dem Gebiete von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Schifffahrt, die Gesundheitspflege und die genannten Kulturaufgaben verbleiben. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber gegen diesen Plan das Bedenken, ob sich hierdurch

die Erwartungen der Freunde einer wirksamen Sozialpolitik erfüllen werden. Ein nur auf die Sozialpolitik angelegenes Reichsarbeitsamt würde mit dem wirtschaftlichen Leben nur geringe Fühlung haben und deshalb der Gefahr ausgesetzt sein, einer einseitig theoretischen Richtung zu verfallen. Das neuabgegrenzte Reichsamt des Innern wäre dagegen leicht versucht, vorzugsweise wirtschaftliche Gesichtspunkte zu verfolgen, ohne den sozialen Pflichten genügend Rechnung zu tragen. In dem verwickelten Bundesstaat machen sich durch die Vielseitigkeit der amtlichen Stellen, welche geholt werden müssen, schon manche unerfreuliche Meinungen geltend. Ein wirtschaftliches Amt auf der einen Seite und ein sozialpolitisches auf der anderen legt die Möglichkeit scharfer und lähmender Gegensätze nahe; gerade die Vereinigung von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik im Reichsamt des Innern vereinigt in dieser Beziehung nicht nur die sachliche Kenntnis beider Gebiete, sondern begünstigt auch den gerechten Ausgleich ihrer Interessen. Eine Behörde, die beide Gebiete verbindet, wird zwischen den vorhandenen Gegensätzen der Gruppe der Belasteten und der Gruppe der zu Entlastenden auch persönlich leichter vermitteln können, wie eine Behörde, welche zunächst nur Vertretung der einen Gruppe obliegt. Macht sich die Teilung des Reichsamts des Innern geschäftlich unbedingt nötig, so verdient vielleicht der Gedanke Erwägung, ein Staatssekretariat der öffentlichen Arbeiten zu schaffen und ihm die Aufgaben des Reichswirtschaftsamts, sämtlicher Reichsämtern, des Schiffvermessungsamts, die Behörden für die Untersuchung von Seeschiffen, das Patentamt, die Normalkommission und die physikalisch-technische Reichsanstalt zu überweisen. Ebenso können zahlreiche allgemeine Fonds auf seinen Haushaltsplan gesetzt werden.

Das Patentamt und das Bundesamt für Geodäsie lassen sich dem Reichsjustizamt angliedern. Auf diesem Wege wäre immerhin eine merkliche Entlastung des Reichsamts des Innern zu erreichen. Auch der Reichstag konnte zu diesem Ziele beitragen. Durch die Beratungen über den Haushaltsplan und zahlreicher Resolutionen und Interpellationen wird der Staatssekretär des Innern in einem Maße in Anspruch genommen, der ihn und seinen Beamtenstab in bedeutlicher Weise von gesetzgeberischen Aufgaben und ihrer eigentlichen Verwaltungstätigkeit entzieht. Vielfache Verhandlungen im Reichstage könnten durch mündliche Rücksprache der einzelnen Abgeordneten mit dem Staatssekretär oder den Sachverständigen ohne Schaden der Sache ersetzt werden.

Selbstfalls empfiehlt es sich, ehe man eine völlig neue oberste Reichsbehörde schafft, den Versuch zu machen, die Frage der Entlastung des Reichsamts des Innern durch eine Ueberweisung einzelner Gebiete derselben an andere Behörden zu lösen.

Die Bedenken v. Posadowskys, daß ein auf die Sozialpolitik angelegenes Reichsarbeitsamt einer einseitig theoretischen Richtung verfallen müsse, sind unrichtig. Es scheint uns vielmehr, der ehemalige reaktionäre „Minister für Sozialpolitik“, wie er sich selbst nannte, hat Bedenken, daß es mit der Sozialpolitik rascher vorwärts gehen würde, wenn einem Reichsarbeitsamt die Ausführung sozialpolitischer Gesetze zufiele und die Nichtbeachtung mancher Gesetze ein Ende nähme. Ein Reichsarbeitsamt dürfte sich z. B. nicht der Veräusserungsschuldig machen, die hinsichtlich der Heimarbeit eingetretene. Geht es aber rascher vorwärts mit der Sozialpolitik, dann paßt das dem Unternehmertum nicht in den Streifen.

Das ist es hauptsächlich, was den Grafen Posadowsky zu seinen Einwänden veranlaßt, denn der Minister, der einst 12 000 M. vom Unternehmertum entgegennahm zur Bekämpfung von Arbeiterinteressen und der stets nach dem Worte seines Vorgängers v. Bötticher handelte, der einmal im Reichstag opponierenden Unternehmern zurief: „Meine Herren, wir arbeiten doch nur für ein Ziel“ — dieser ehemalige Minister kann nicht aus seiner Haut heraus, die unternehmerfreundlich gesacht ist.

Seine weiteren organisatorischen Vorschläge sind wohl eher als rein mechanische zu betrachten, die aber nebenbei den Zweck verfolgen, nur nicht zu viel Kräfte auf die wirtschaftliche Entwicklung loszulassen, sonst könnte es mit gesetzgeberischen Schritten zu rasch vorangehen. Die Verschleppung notwendiger Regelung längst eingetretener Aenderungen durch Gesetze war bisher der rote Faden, der sich durch die ganze Tätigkeit des Reichsamts des Innern zog, an dem auch Posadowsky emsig moß.

Übrigens soll man sich durch die organisatorischen Fragen, ob nun so oder so die Teilung vollzogen werden soll, nicht von der Richtschnur abbringen lassen, die dahin führt, daß endlich ein neuer Geist in das Reichsamt des Innern einzieht, der auf dem Gebiet der Sozialpolitik, wie der geplanten inneren Politik mit den reaktionären Absichten aufräumt, der Bewegungsfreiheit des Volkes Raum schafft und der Arbeiterbewegung die Garantie einer nicht von reaktionären, unterdrückenden Maßregeln gehemmten Entwicklung gibt.

Zur Förderung der Sozialpolitik werden die Arbeiterorganisationen alles beitragen, was in ihren Kräften steht. Es muß endlich vorwärts gehen in dem Industrie- und Landwirtschaft, wo die Arbeiter die übergroße Mehrzahl bilden und vom Staate Schutz und Hebung ihrer Lage verlangen.

Berichtigung.

In dem Artikel „Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1916“ in Nr. 32 des „Tabak-Arbeiter“, vom 12. August 1917, erste Seite, ist ein Druckfehler zu berichtigen. Im sechsten Absatz, fünfte Zeile, muß es statt 111 213 heißen 111 203. Die Leser werden die Zahl schon selbst berichtigt haben auf Grund des nachfolgenden Satzes; denn da von den an den Bewegungen Beteiligten 117 213 Personen 12 ohne Erfolg blieben, so bleiben 111 203 Personen, für die ein Erfolg errungen wurde, übrig.

Eine Kriegsschuld.

Im allgemeinen ist es kein schwerer Beruf, Hausbesitzer zu sein. Manche Kapitalisten legen ihre „Ersparnisse“ in ganzen Häufwerkeln an, weil sie meinen, sie seien so am besten und sichersten angelegt. Dazu kommt, daß ganz ohne ihre Zutun Grund und Boden im Werte steigt, so daß außer guter Verzinsung ihr Kapital nach nicht zu langer Zeit sich vermehrt. Der Krieg trägt in dieser Beziehung stark zur Steigerung der Grund und Bodenrente bei.

Aber der Krieg hat noch eine andere Wirkung im Gefolge, die den Hausbesitzern sehr unangenehm ist, das sind die entstandenen Mietschulden. Sie gehen in manchen Fällen den Hausbesitzern mehr zu Herzen, als den Mietern. Damit wollen wir nicht sagen, daß die Mieter diese Schulden leicht tragen; in vielen Familien drückt die Gefahr der Wohnungsnot fast ebenso sehr, wie die Nahrungsmittelnot. Manche Hausbesitzer hängen aber mit allen Fasern an ihrem Kapital, sie heimmeln jeden Groschen, der ihnen entgeht. Sie sind in der Regel auch die Hartherzigsten, die über hängende Mietschulden jekteln und den Mietschuldner am liebsten jeden Augenblick auf die Straße werfen möchten.

Der Krieg hat nun eine Masse Mietschulden veranlaßt und aufgehäuft. Die Familien vieler Krieger sind nicht imstande, ihre Mietschuld zu decken, trotz aller Zuschüsse, die ihnen gewährt werden. Ueber diese Situation beriet der „Deutsche Hausbesitzertag“, der Anfang August in Hannover tagte.

Dort beriet man über die Abführung der während des Krieges entstandenen Mietschulden. Die gesetzliche Stundung der Mietschulden sei kein geeignetes Mittel, denn im Felde stehenden Mietern die Mietkosten für ihre Angehörigen zu erleichtern, da infolge der Dauer des Krieges die Schuldenlast so groß geworden sei, daß viele aus eigenen Mitteln sie nicht abtragen könnten. Darin haben die Herren vollständig recht; diese Kriegsschuld wächst übrigens mit der Dauer des Krieges immer stärker an und bringt neue Besorgnisse und auch mehr Schereorien mit sich. Denn manche Hausbesitzer lassen es den Mietern in unangenehmster Weise fühlen, daß sie in ihrer Schuld sitzen, obwohl die Mieter es nicht verschuldet haben, daß sie in solche Lage geraten.

Um zu ihrem Gelde zu kommen, haben die verammelten Hausbesitzer befunden, die Abführung der Mietschulden sei die Aufgabe von Reich, Staat und Gemeinden. Das Reich habe zu diesem Zwecke Mittel bereitzustellen. Diese Hilfe sei durch Maßnahmen des Staates und der Gemeinden zu vervollständigen. Für die Aufbringung der den Gemeinden erwachsenden Kosten haben die Herren Hausbesitzer auch gleich eine „mäßige Mietersteuer“ in Vorschlag gebracht. Wie Reich und Staat die entstehenden Lücken in ihrem Säckel wieder ausfüllen sollen, dafür hatte der Hausbesitzertag kein Rezept. Natürlich könnte der Ausfall auch nur durch neue Steuern gedeckt werden. So schlempet der Krieg von allen Seiten neue Lasten herbei, die einen finanziellen Zusammenbruch vorbereiten.

Die Mietschuld ist eine besondere Kriegsschuld, die abendrein am schwersten die Kriegerfamilien belastet. Was die Hausbesitzer etwa dabei einbüßen, kommt gegen den Jammer und die Not in den Kriegerfamilien, die gerade in Mietschuld geraten, gar nicht auf. In vielen Fällen sind die Schulden eigentlich durch vorhergehende jahrelange, unerhörte Mietssteigerungen schon im voraus gedeckt. Die Abführung der Mietschulden durch Reich, Staat oder Gemeinden müßte nach dieser Richtung sehr vorzüglich unternommen werden, denn die Allgemeinheit hat doch nicht aufzukommen für horrende Verzinsung der Hausbesitzerkapitalien.

Von Rücksichten gegenüber den Mietern sind die Herren Hausbesitzer gerade nicht geplagt. Ist das allbekannt so brachte das ein Redner auf dem Hausbesitzertag recht drastisch zum Ausdruck, mochte er freilich bei jedem Satz stürmischen Widerspruch, Zurufe und Rosenamen erhielt. Er sagte: „Die Beschlüsse einzelner Vereine grenzen an Mieswucher. Das muß ausgesprochen werden, wenn Hausbesitzervereine ohne zwin-

In dem Bericht... noch Zigaretten mit Wappmündstück herzustellen und ein dementsprechendes Verbot der Herstellung anderer Zigaretten gesondert. Da größte Sparmaßnahme im Tabakverbrauch vornehmlich sei, so sei eine solche Maßnahme unumgänglich, denn bei allen Zigaretten ohne Wappmündstück würde etwa 1/2 als Rest weggeworfen, der somit verloren geht. Würde die Zigarette um diesen Rest gekürzt und durch ein Mündstück ersetzt, so ließen sich von demselben Quantum Tabak, aus dem jetzt 100 Stück hergestellt werden, 115-120 Stück anfertigen. Man könnte also dadurch eine große Tabaksparsnis erzielen, ohne den Raucher oder den Fabrikanten zu schädigen.

Gegen den Tabaksmuggel.

Der „Zentralverband deutscher Zigarrenfabrikanten“ richtete durch seinen Vorsitzenden, Herrn E. Korte in Bonn, unter dem 4. d. M. nachstehende Eingabe:

An die Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916 m. b. H. Bremen.

Auf Grund der Ihnen heute morgen mündlich dargelegten Uebelstände im Verkehr mit unverzollten und geschmuggelten Tabakwaren gestatte ich mir, Ihre Aufmerksamkeit hierauf mit diesem Schreiben nochmals besonders hinzulenken.

Es ist mir zur Kenntnis gekommen, daß waggonweise Rauchtobak und Zigarren noch in allerletzter Zeit von Holland hereingekommen sind, ohne daß diese der Verzollung und der Kontrolle der Detag unterliegen haben. Der Schmuggel hat derartige Formen angenommen, daß über ganz Westfalen, die Rheinprovinz und weit darüber hinaus in sehr vielen tabakhandelstreibenden Geschäften diese Ware zu unerhörten Wucherpreisen abgesetzt wird. Z. B. wurde an meinem Wohnort Bonn solcher Rauchtobak zu 10 M. und darüber das Pfund durch besonderen Anschlag in den Schaufenstern feilgeboten und verkauft.

Auf meine Veranlassung hat, wie ich annehme, die Kriminalpolizei diese Rauchtobake zum Teil beschlagnahmten lassen, da es sich um direkte Schmuggelware handelte, für welche der Zoll hinterzogen wurde. Weiter habe ich festgestellt, daß die Rgl. Zollbehörde in Vorken resp. Münster i. W. mehrere 100 000 Pfund Rauchtobak beschlagnahmt hat, die sie für den Preis des hinterzogenen Zolles an den Höchstzahlenden abzugeben geneigt ist. Hierdurch wird die Feststellung, ob es sich um Schmuggelware handelt, noch mehr erschwert, weil für das Rote Kreuz, die Kaiserliche Marine usw. Rauchtobak jeglicher Art, die weder der Verzollung, noch der Verteilungsaufsicht der Detag zu unterliegen brauchen, in beträchtlichem Umfange eingeführt werden. Unter Berücksichtigung dieses, ist von einer Kontrolle der Detag fast gar keine Rede mehr.

Während die heimische Industrie mit ihrer bodenständigen Arbeiterschaft im Zigarren- und Tabakgewerbe bei der ganz gewaltig vorgenommenen Einschränkung des allerstärksten Schutzes der Regierung bedarf, wird hier eine Unsumme von Kapital ins Ausland geworfen — denn es handelt sich um Quantitäten, die zu sehr hohen Preisen bar erlegt worden — zum Schaden der heimischen Industrie und somit der gesamten Volkswirtschaft Deutschlands.

Um diesen Uebelständen wirksam zu begegnen, müßte m. E. der Detag in erster Linie das alleinige Verfügungsrecht über alle nach Deutschland rechtmäßig, sowie ungesetzlich gelangenden Tabake und Fabrikate ausnahmslos vorbehalten bleiben. Außerdem müßte jeder Händler, der mit Tabak handelt, verpflichtet werden, nur von ihm bekannten, in Tabakwaren konzessionierten Geschäftsteuern und Fabrikanten Tabakwaren mit schriftlicher Abmachung zu beziehen, damit bei Beschlagnahme von Ware niemand mit der Ausrede kommen kann, er habe von einem Unbekannten gekauft.

Widerruf.

In Nr. 24 des „Tabak-Arbeiters“ vom 17. Juni 1917 haben wir in dem Artikel „Dankend abgelehnt“ die Mitteilung der „Bereinigten Tabak-Zeitungen“ wieder, daß zum Geschäftsführer des neuen Zentralverbandes deutscher Zigarrenfabrikanten (Vorsitzender Herr Ludwig Korte in Bonn) Herr Mathias Schiffer, Vorsitzender des christlichen Zigarrenarbeiterverbandes, bestellt sei. Wir nehmen heute gerne Gelegenheit, diese Meldung zu berichtigen. In Nr. 45/46 der „Bereinigten Tabak-Zeitungen“, vom 10. Juni 1917, teilt nämlich Herr Korte mit, daß der Zentralverband deutscher Zigarrenfabrikanten überhaupt noch keinen Geschäftsführer angestellt habe, daß deshalb die Meldung der Zeitungen nicht entspreche. Leider haben wir die Berichtigung des Herrn Korte damals übersehen.

Der „Burgfrieden“ bei der Firma Garbaty-Rosenthal.

Genannte Berliner Firma, welche in Dresden einen Filialbetrieb besitzt, wollte von den Zigarettenpackerinnen dieses Betriebes eine neue Arbeit machen lassen. Die Marke „Graf York“ sollte in 1/20-Packungen zu dem horrenden Lohnsatz von nur 8 & Bromille gemacht werden. Für diesen Preis sollten die Packerinnen die Kartonnagen selbst brechen, Zwischenlagen und Aufleger einlegen, stampeln, Spiegel packen und die 1/20-Kartons in größere Ueber-Kartons verpacken. Ein derartiges Lohnangebot lehnten die Arbeiterinnen ab.

Die Leitung des Zigarrenarbeiterverbandes in Dresden, von den Arbeitern zur Bekämpfung angerufen, leitete die Verhandlungen mit der Direktion der Firma in Berlin

ein. Die Forderung der Arbeiterinnen für die fragliche Arbeit war 18 resp. 18 & mit Nebenarbeiten. Der Firmenvertreter machte jedoch betreffs eines Entgegenkommens größere Schwierigkeiten. Er erklärte, daß die Firma absolut nicht mehr zahlen könne, daß die Preise für gleiche Arbeiten in Berlin (sowohl wie Dresden auch) nicht höher seien (?), und wenn die Packerinnen die Arbeit nicht leisten wollten, müßte die Firma den Betrieb in Dresden schließen oder aber 14-jährige Mädchen einstellen, die die Arbeit machen würden. Auch hätten die Arbeiterinnen erst die neue Arbeit anfangen sollen, um dann in Ruhe die Sache erledigen zu können. Auf den Hinweis der Verbandsleitung, daß über ein derartiges Lohnangebot überhaupt nicht zu reden sei und die Arbeiterinnen es demzufolge ablehnten, für das Angebot weiterzuarbeiten, meinte der Vertreter der Firma, das Angebot von 8 & sei ein Irrtum gewesen und sollten 10 & für die Packung gezahlt werden, wegen der dabei zu leistenden Nebenarbeiten. Höher könne er nicht gehen. Die sachlichen Entgegnungen seitens der Verbandsleitung gegenüber der geäußerten Meinung des Firmenvertreter, insbesondere auch der Umstand, daß für ähnliche Packungen in Dresden vielfach die doppelten Lohnsätze gezahlt würden usw., hatte leider nicht den geringsten Erfolg zur Verständigung in dem Lohnstreit. Das Angebot der Firma sprach den wirklichen Verhältnissen direkt Hohn und waren alle sonstigen Erklärungen des Firmenvertreter, Herrn Lohengel, durchaus nicht geeignet, die Arbeiterinnen zu bestimmen, etwa in Ruhe die Entwicklung der Sache abzuwarten. Die Arbeiterinnen unterließen es deshalb bei der neuen Arbeit weiterzuarbeiten. An demselben Tage später ließ die Firma durch ihre Filialleiterin in Dresden den Arbeiterinnen sagen, daß die Firma von nun an 12 & zahlen wolle; aber nur für die Dauer von 10 Wochen, ebensolange, bis sich die Packerinnen eingerichtet hätten mit der neuen Arbeit. Nach Ablauf der 10 Wochen solle es wieder 10 & geben.

Dieses „verbesserte“ Preisangebot bewies, daß die Firma bei den jetzigen Verhältnissen den Arbeiterinnen nicht genügend Lohn zu bieten geneigt war. Die Firma glaubte jedenfalls, daß sie trotz der Teuerung jeden Lohn bieten konnte. Die Handlungsweise der Firma, welche darauf hinausgeht, unter möglichster verschärfter Ausnutzung ihrer Arbeiterinnen die Kriegsgewinne weiter zu erhöhen, verdient daher wohl der Öffentlichkeit übermittelt zu werden.

Die Arbeiterinnen blieben bei ihrer Arbeitsverweigerung. Auch dem Kriegsamt 12 in Dresden wurde zur Vermittlung die Sache überwiesen. Einen weiteren Tag später war die Firma bereit, ihr Preisangebot auf 12 resp. 14 & zu erhöhen. Nunmehr waren die Arbeiterinnen zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit. Das Resultat an sich war zwar immer noch nicht zufriedenstellend und sollte in weiteren Verhandlungen versucht werden, die Forderung der Arbeiterinnen zu verwirklichen. Dieses geschah seitens der Verbandsleitung und kann als endgültiges Resultat vermerkt werden, daß die Firma nach weiterem Verlauf einer Woche den Akkordlohn auf 16 & für 1/20-Packung erhöhte. Mit diesem Preis erklärten sich die Arbeiterinnen einverstanden.

Die Haltung der Firma und der Verlauf der ganzen Sache zeigt uns einmal so recht wieder, wie sehr manche Arbeitgeber den „Burgfrieden“ für sich auszunutzen bestrebt sind. Diese Absichten der Arbeitgeber zu vereiteln, werden daher die Arbeiter immer ein wachsames Auge behalten müssen.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Dresden.

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Alle Berichterstatter, insbesondere auch die Gauleiter, werden gebeten, anzugeben, ob Lohn- oder ob Teuerungszulagen bewilligt worden sind. Außerdem ist erforderlich, im Bericht die genauen Firmennamen anzugeben. Berichte, die diese Angaben nicht enthalten, finden keine Berücksichtigung.

- Söskitt.** Die Firma Herm. Dertel erhöhte die Teuerungszulage von 20 auf 30 Prozent.
- Vidensack.** Die Firma W. Stahl bewilligte 40 Prozent Lohnzulage. Die Firma Thorbecke u. Co. 30 Prozent Teuerungszulage.
- Al.-Krosenburg.** Die Firma De Vary u. Kugler hat 33 1/2 Prozent Lohnzulage bewilligt und die Firmen J. M. Kopp, B. Wilkens, Heidelberger u. Söhne, Adolf Pilg, A. Stein u. Co., Joh. Bergmann 30 Prozent Teuerungszulage.
- Al.-Anheim.** Die Firma G. Brückner (Inhaber Selig) hat 33 1/2 Prozent Teuerungszulage bewilligt. Die Firma A. F. Garstanz Söhne hat neben kleinen Lohnzulagen 25 Prozent Teuerungszulage bewilligt.
- Er.-Steinheim.** Die Firma Grundmann u. Sohn hat 33 Prozent Lohnzulage bewilligt. Die Firma P. G. Hoffe 33 Prozent Lohnzulage für Tagelöhner und für die anderen Arbeiter und Arbeiterinnen 33 Prozent Teuerungszulage. Die Firmen Gebr. Bernard, G. u. W. Garstanz, G. Becker haben 33 1/2 Prozent Teuerungszulagen bewilligt.
- König.** Die Firma Grundmann u. Altschul hat 33 1/2 Prozent, Böbling u. Mühle 30 Prozent Teuerungszulage bewilligt.
- Al.-Steinheim.** Die Firmen Kinn u. Glos G. Kraft, A. Becker, G. Brückner (Inh. Selig), D. Strauß jun., A. Sperfeld haben 33 1/2 Prozent Teuerungszulage bewilligt.
- Reitz.** Die Firma Jean Fennewein hat Lohn- und Teuerungszulagen in Höhe von 25 bis 33 Prozent bewilligt.
- Bürzburg.** Die Firmen J. Schäfer, L. u. S. Strauß haben 30 Prozent Teuerungszulage bewilligt.

- Karlshadt.** Die Firma J. Schärer hat 30 Prozent Teuerungszulage bewilligt.
- Altona.** Die Firma W. H. Brodelmann bewilligte 35 Prozent Lohnzulage.
- Blankensee.** Die Firma G. Frahm erhöhte die Lohnzulage auf 35 Prozent.
- Hannover.** Die Firma W. Klenne bewilligte 40 Prozent Lohnzulage, nicht 35 Prozent, wie berichtet war.
- Neuhans.** Die Firma Georg Kampff erhöhte die Lohnzulage auf 35 Prozent.
- Seelen a. Harz.** Die Firmen Weiczlog u. Tischler, Rich. Weiczlog, W. Hasselbach und Trautwein, Meyer u. Pflüger gewährten 30 Prozent Teuerungszulagen.
- Brinkum.** Die Firma Lüdecke bewilligte 35 Prozent Lohnzulage.
- Bremen u. Umg.** Die Firma Oetken machte Lohnzulagen von circa 50 Prozent. Die Firmen Carsten Menke und W. G. Koch bewilligten 40 Prozent Lohnzulagen von 35 Prozent bewilligten die Firmen J. A. König, Frau Aug. Lönsmeier, Joh. Sacke, Garbs, Justus Agelis, Louis Kagerler, Obermeyer, Groother, Grefede, L. Peters, Walther, Siggelorn, Frau Lüning. Die Firmen Ph. Lemke, Gensberg, B. Martens, A. Mählmann und Gebr. Wittmann gewährten 30 Prozent Lohnzulage. Die Firma Laße bewilligte 30 bis 35 Prozent Lohnzulage. 33 Prozent bewilligten die Firmen Joh. Baat and G. Müller. Lohnzulagen von circa 28 Prozent bewilligte die Firma Hasselbach u. Co. (Sortiererin). Die Firmen G. H. Holste und Carl Weltmann bewilligten 35 Prozent Teuerungszulage. 30 Prozent Teuerungszulagen bewilligten die Firmen J. H. Häger, Brokmann u. Reinmann, Martin Brinkmann (Rau- und Rauchtobakfabrik), Leopold Engelhardt u. Biermann, Schrader u. Co., Gachez u. Müller, W. Haase, G. Klewenhufen, Menze u. Kolping, Heint. Müller, Teschmacher u. Co., Upmann u. Co., Carl Wilhelmi, Eduard Dietrich, Kalkmann u. Nobbe und Langemann (Ort Hemelingen). Die Firma Ch. Meyer bewilligte 33 1/2 Prozent Lohn- und Teuerungszulage. Die Firma August Hammer Schlag bewilligte 35 Prozent Lohnzulage. Die Firma Ferningroth u. Sagedorn gewährte 30 Prozent Teuerungszulage. Ort Horn. Die Firma Joh. Behnemann bewilligte 30 Prozent Lohnzulage.
- Dresden.** Die Firma Gebr. Galpaus (Zigarettenfabrik) bewilligte 25 Prozent Lohnzulage und 15 Prozent Teuerungszulage. Die Firma Friedeck (Zigarettenfabrik Sultan) machte 20 Prozent Lohnzulagen und 10 Prozent Teuerungszulagen. Lohnzulagen von 35 Prozent machten die Firmen Karl Frommert, J. Paetz, J. Gübner und K. Lorke. Die Firma J. Spelbrich bewilligte 30 Prozent Lohnzulage. Die Firma Bach u. Scharke bewilligte 10 Prozent Lohn- und 25 Prozent Teuerungszulage und die Firma Gleisberg u. Wallstein 10 Prozent Lohn- und 20 Prozent Teuerungszulage.
- Galtan.** Die Firmen G. W. Gübner, G. Bothe und G. Schmidt bewilligten 35 Prozent Lohnzulage.
- Langenbielen.** 35 Prozent Lohnzulage bewilligte die Firma Albrecht Kaschke und die Firma Gebr. Kaschke 30 Prozent.
- Regnitz.** Die Firma Oswald Schön gewährte 35 Prozent Lohnzulage.
- Wastan.** Die Firmen Emil Weiß, B. Deckert und Hermann Muehe machten Lohnzulagen von 32 Prozent.
- Nieder-Salzbrunn.** Die Firma Emil Schöber erhöhte die Lohnzulage auf 35 Prozent.
- Sprottau.** Die Firma „Bereinigte Zigarettenfabrik“ bewilligte 30 Prozent Lohnzulage.
- Statz.** Die Firma J. Gübnerfeld bewilligte 20 Prozent Lohnzulage und 10 Prozent Teuerungszulage.
- Striegau.** Die Firmen Scharke u. Co., G. Radler und W. Hüsch bewilligten 35 Prozent Lohnzulage und die Firma W. Franz 35 Prozent Teuerungszulage.
- Trebnitz.** Die Firmen Fritz Bernert und Julius Albrich bewilligten 35 Prozent Lohnzulage.

In einer Zigarettenfabrik.

Aus Anlaß eines Besuches der Tabak- und Zigarettenfabrik in Sarajevo (Bosnien) plaudert G. Michaelis in nachstehender Weise (was wir nur bemerken, daß er in einer deutschen Zigarettenfabrik das gleiche Bild schauen würde):
Wer will, kann die Tabakfabrik anschauen. Alle wollen. Täglich eineinhalb bis zwei Millionen Zigaretten. Zweihundertfünfzigtausend aus einer Maschine. Alle feinen Sorten handgerollt. Die Tabakpflanze verlangt lamene Erdboden und viel Sonne. Gepflückt und aufeinandergelegt, muß sie behandelt werden, als hätten ihre Blätter entblöhte Nerven. Nicht zwei Aern dürfen einander berühren. Ein schwarzer Fleck ist schlimmer als ein Muttermal auf einer Wange. Die Temperatur, in der sie getrocknet werden, ist so heikel wie die der Sohleflaschen. Kommt der Tabak aus der Schneidemaschine, so fällt er schwermütig zusammen wie fettige Haare. Dann muß er in die warme Trommel, die ihn herumwirbelt und mit heißer, trockener Luft füllt. Jetzt kommt er heraus, faumentleicht und fröhlich, aber heiß. Auch das verträgt er nicht. Also muß er seine ungesunde Regierung in einer anderen Trommel abtun. Und endlich darf er die Hülsen betreten. Ich verstehe, daß er wie die edle Traube eines lebenden, aber überempfindlichen Seele hat. Kein Wunder, daß er eine so mächtige Wirkung auf unsere Gemüter ausübt; es ist nicht seine Schuld, wenn es noch Leute gibt, die diesem wunderbaren Einfluß nicht unterliegen. Eine Maschine hat die Aufgabe, beschädigt

Zigaretten wieder aufzulösen. Lustig ist anzusehen, wie in einer anderen die Zigaretten gleich einem Kilometerlangen weißen Würm sich herauswinden, um in schwindelndem Fall sich selbst zu zerstückeln. Der Tabakstaub wird vom Staubsauger aufgefressen. Ich stehe mich über diese Rücksicht gegen die Gesundheit des Personals und erfahre, daß vom Staub-Nickel-Nickel zum Waschen des Viehs gewonnen wird. So verbindet man das Menschliche mit dem Nützlichen. In russischen Gefängnissen bekommt jeder Gefangene einen Sandhaufen und eine Schaufel. Er soll den Sand von einem Fleck zum andern schaufeln, immer hin und her, unaufhörlich. Und doch ist diese Tortur ein amüsanter Sport, verglichen mit der Arbeit, die die jungen Mädchen ausführen, die mit Hilfe von Maschinen Zigarettenhachteln machen. Der zubereitete Karton wird hingeführt, den das Mädchen fest hält, die Maschine macht einen Schuß und die eine Ecke ist zusammengenagelt. Sie dreht den Karton um, ein Schlag, die nächste Ecke ist fertig, und so fort. Der fleißigste Sekundenzähler würde automatisch werden vom bloßen Zuschauern. Jeder Schachtel entstehen vier ganz gleiche Bewegungen, und es gibt keine Pause. Sie kann nicht das Taschentuch nehmen oder das Haar aus den Augen streichen, ohne die Maschine zu stoppen. Sonderbar, ja fast unglücklich! Jene jungen Frauen haben weder Verzweifelt, noch verflört aus. Wer weiß, mit welchen Träumen sie sich über ihre entsetzliche Arbeit hindurchhaken? Die Zeit ist vorüber, wo Lohet als überflüssiges Genussmittel galt.

Die Tabakverföorgung in Frankreich.

Im "Temps" äußert sich die Verwaltung des französischen Tabakmonopols über die Schwierigkeiten der Tabakverföorgung in folgender Weise:

Warum erhält man in zahlreichen Verkaufsstellen nicht mehr soviel seinen Wünschen nachtabak, Zigaretten und Zigaretten, besonders in den Sorten, in denen der Verbrauch am höchsten ist, also die gewöhnlichen Sorten?

Die Verwaltung des Tabakmonopols, an die wir diese Frage gerichtet haben, hat uns folgende Erklärung gegeben:

Wichtig ist, daß mehrfach in der letzten Zeit die gewöhnlichen Sorten nachtabak, Zigaretten und Zigaretten gefehlt haben. Das ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen.

Der Verbrauch an Tabak, Zigaretten und Zigaretten ist in beträchtlichen Umfang gestiegen. Wenn wir das letzte Normaljahr 1913 zum Vergleich nehmen, stellen wir folgendes fest: Der Verbrauch an nachtabak, einschließlich der Zigaretten, ist um 31.500.000 kg im Jahre 1913 auf 47.100.000 kg im Jahre 1916 gestiegen. In besseren Jahren betrug der Absatz 3.100.000 kg im Jahre 1916 gegen 1.900.000 kg im Jahre 1913. In Zigaretten, das also durchschnittlich zu 1000 Zigaretten, wurden 1913 nur 3.707.000 kg verbraucht, 1916 dagegen 4.637.000 kg. Bei Zigaretten ist die Verbrauchsteigerung weniger stark: 2.618.000 kg im Jahre 1916 gegen 2.574.000 kg im Jahre 1913, berechnet zu durchschnittlich 250 Zigaretten auf ein kilo. Und dieser Verbrauch hat sich im laufenden Jahre weiter gehoben, zum mindesten für Zigaretten; er betrug in den ersten vier Monaten 1916 insgesamt 1.347.000 kg, 1917 im gleichen Zeitraum 1.305.000 kg.

Während sich nun der Verbrauch in diesen Verhältnissen gesteigert hat, hat sich die heimische Erzeugung vermindert, infolge Mangels an Arbeitskräften auf dem Lande. Steht man unsere Erzeugung weit geringer als der Verbrauch auf 75.000.000 kg Blatttabak, der in Frankreich zur Herstellung von Tabak, Zigaretten und Zigaretten gebraucht wird, wurden nur 15.000.000 kg durch die heimische Erzeugung geliefert. Vor dem Kriege wurden die 60.000.000 kg, die wir aus dem Auslande bezogen, leicht geholt. Heute haben wir einige Mühe, sie zu erhalten, so die Schwärze und Spante ihre Erzeugung für sich gebrauchen, und da auch Spanien nur sehr wenig anbaut, müssen wir aus Amerika und Siam diese gewaltige Menge zu bekommen suchen.

Aus Gründen, auf die einzugehen, es sich erübrigt, kann es doch kommen, daß die Sendungen ihren Bestimmungsort nicht erreichen, und wir müssen für unsere Fabriken mit den Qualitäten des Erzeugnisses rechnen, der natürlich bei dem Mangel an Sorten die Möglichkeit mit sich bringt, welche aus Herabsetzung des Preises, der Zigaretten und Zigaretten vergrößert.

Auf der anderen Seite haben sich zur selben Zeit, in der sich sowohl an der Front wie im Lande der Verbrauch so beträchtlich gesteigert, hat die Menge, die wir für die Zivilbevölkerung benötigen, sehr stark vermindert, weil auf die Forderung des hohen Hauptquartiers die Menge beschränkt worden ist, durch Vermittlung der Jagar, die Mengen, Kantinen und sonstigen militärischen Einrichtungen zu versorgen. Und es versteht sich von selbst, daß, bevor wir an die Beförderung der Heimat, denken, mit unsere Soldaten versorgen müssen.

Aber während wir mehr Ware liefern müssen, können wir unsere Fabrikationsmittel nicht steigern. Gewiß liefert unser Personal Beweise von Eifer, Mithitrenne und Loyalität, die bewundernswert sind. Es hat sich bereit gefunden, 10 bisweilen 12 Stunden am Tage zu arbeiten. Es strengt sich an, soviel es kann. Und wir können ihm nicht mehr zumuten, als es heute leistet. Unmöglich ist es aber auch, die Zahl des Personals zu erhöhen, das sich aus Spezialarbeitern zusammenstellt, unmöglich auch, unsere maschinelle Anlage zu erweitern, da die Fabriken, welche noch arbeiten könnten, für Kriegszwecke tätig sind und bleiben müssen. Also die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe befindet sich auf dem Höhepunkt.

Zusammengefaßt ergibt sich die Frage der Versorgung der Verkaufsstellen im Lande ist eng verknüpft mit der der Tabakzufuhren, die in den letzten Wochen nicht übermäßig gewesen sind, und mit der des Verbrauchs an der Front. Wenn dieser sich immer weiter steigert, ohne daß sein Zuwachs eine Verminderung der Mengen, mit denen sich bis heute die Mengen, Kantinen und sonstigen militärischen Stellen in den inländischen Verkaufsstellen versorgen oder derjenigen Mengen zur Folge hat, welche die Soldaten selbst in den letzten Monaten während ihres Aufenthalts gekauft haben, so ist es klar, daß die Möglichkeit eintritt, daß die Mengen, welche wir der Zivilbevölkerung zur Verfügung stellen können, unzureichend sind.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52 — Telephonamt Roland 6040, Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52 zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Verschuldungen nur an H. Nieder-Roland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 52. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großhandels-Gesellschaft deutscher Kaufmänner in h. H. in Hamburg, Postfach 1 a Nr. 5349 beim Postbeamten in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52 zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Kiewitz, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52 zu adressieren.

Für den Anstich bestimmte Aufschriften sind an E. Schöns-Gamborg, Seidenwinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Adressen der Gauleiter:

- Gau Hamburg: Rudolf Gadelberg, Altona, Holländische Reihe 16, I.
- Gau Nordhausen: Herm. Schmidt, Nordhausen, Marktstr. 16 I.
- Gau Erford: Wilhelm Schäfer, Erford, Marktstr. 49.
- Gau Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Frankfurt a. M., West 13, Steinhilberstr. 6a.
- Gau Heidelberg: Ludwig Klein, Heidelberg, Rohrbacher Str. 54.
- Gau Erfurt: Dom Wiese, Erfurt, Wilhelmstr. 3 II.
- Gau Dresden: Oswald Franz, Dresden-N., Schützenplatz 20 III.
- Gau Breslau: Fritz Gust Eike, Naraschewenstr. 17, Am 39.
- Gau Berlin: Georg Fischer, Berlin SO 36, Wiener Str. 57 b.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. (S. = Sendungsbeiträge, Z. = Zinsabläufe):

- Am 3. August: Hofenheim Z. 400.—, I. Finsterwalde Z. 600.—, Oberode Z. 3109, Garburichla Z. 8722, Schönau Z. 190.—, Sänitz Z. 100.—, Ruffenhausen Z. 100.—, 2. Schönhausen Z. 35.—, Reuzingen Z. 89.—, 6. Helmstedt Z. 38,60, 2. 9,06, Brandenburg Z. 100.—, Waldheim Z. 500.—, Witten Z. 50.—, Grenzburg Z. 50.—, Zentern Z. 23.—, Kleinmende Z. 120.—, 7. Dehan Z. 70.—, Berlin Z. 420.—, Lützenhagen Z. 40.—, Gerolde Z. 34,79, 8. Fürstentum Z. 180.—, 9. Berge-

dorf Z. 80.—, Dresden N. 200.—, 10. Dandau Z. 200.—, Mannheim Z. 50.—
Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder einzulösen.
Bremen, den 12. August 1917. H. Nieder-Roland.

Abrechnungen zum zweiten Quartal 1917 gingen ein:
Gau Hamburg: Oldenburg, Gau Hannover: Stedda, Helmstedt, Gau Nordhausen: Heiligenstadt, Gau Erford: Sagg, Dortmund, Emmerich, Masheim, Niederbedsen, Gau Frankfurt a. M.: Borns, Gau Heidelberg: Ostersheim, Gau Erfurt: Wintersdorf, Gau Dresden: Chemnitz, Gau Berlin: Elbing, Driesen, Schönau.

Adressen-Änderungen.

- Bayenburg (I). Alle Aufschriften sind an Fr. Böhler, Wirtsweg 7, zu richten.
- Esmerich (A). 1. Bv. Gerh. Bernsen, Neuer Steinweg 7.
- Guben (II). 1. Bv. Aug. Waggdorf, Förstnerstr. 64.
- Spreenberg (II). Alle Aufschriften sind an den 1. Bv. Max Schmidt, Jägerstr. 4, II, zu richten.
- Prieß (10). Alle Aufschriften sind an den 2. Bv. Adolf Fiedt, Prießstr. 62, zu senden.
- Heppenheim an der Bergstraße (II). Alle Aufschriften sind an den Vertrauensmann, Herrn Martin Koch, Fürthestr. 43, zu senden.

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen.
3 tüchtige Kollerinnen sowie 2 Wickelmacherinnen für bessere Sorten nach Bonn am Rhein.
Nachfragen Gau-Arbeitsnachweis Mitt. Schlichter, Erford, Marktstr. 49.

Werbt für den Tabak-Arbeiter!

Gestorben:
Am 6. August starb zu Burgdem Hirsch Müller aus Burgdem, 51 Jahre alt.
Am 11. August starb zu Prieß Paul Sachmann aus Sommerfeld. Kollege Sachmann war langjähriger 2. Bevollmächtigter der Jahrgänge Prieß.
In Burgdem verstarb Gustav Ritzsche, 50 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

E Da Capo
Trustfreie Qualitäts-Zigarette
A. AMECKSTEIN & Söhne, DRESDEN

Tabakrippen kaufen jedes Quantum, Ankaufsdauerschein in unseren Händen.
Sämtliche Bedarfs-Artikel für Zigaretten-Fabriken und Zigaretten-Geschäfte.

Figur 561
Maschinenfabrik, Tischlerei
Größtes Zigaretten-Wickelform-Lager
Liste 24 für Zigarettenfabriken auf Wunsch sofort kostenlos.
Vermitteln den An- und Verkauf von Zigarettenfabriken mit jedem Kontingent.

Drucksachen
liefert
J. H. Schmalfeldt & Co.
Zentral-Einkaufsstelle für Tabakrippen, Bagie f. trockene Ware d. gefehl. Geschäft. 120 u. Jhr. Taf. Leue, Hamburg, Schlichterstr. 81.

L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstrasse 24.

Carl Roland
Berlin SO 26
Kollbaterstrasse 4.
Rohrtabakhandlung

Zigaretten, Zigarillos
kauft jedes Quantum gegen Kaffe nach anstich und anverpackt.
J. H. Spengler
Cassel.

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen!
Achtet auf die Vorgänge im Tabakgewerbe und ihr müßt zu dem Entschluß kommen, daß mehr denn je eine starke Organisation nötig ist!

Achtung! Rohrtabak!
Hengfuss & Maak
Altona-Ottensen

Ca. 17000 gebrauchte Wickelformen
die erdenklichen Fassons, teils wie neu,
zu sehr billigen Preisen am Lager
und fordern Sie Zusendung der Musterbogen
Heinrich Franck, Berlin N 54
Utensilien für Zigarettenfabriken